

Sfb 186 report; Nr. 5/ Februar 1996

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Universität Bremen, SFB 186 Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. (1996). *Sfb 186 report; Nr. 5/ Februar 1996*. Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-21258>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Der Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" der Universität Bremen wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.

Hans-Peter Blossfeld

Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich

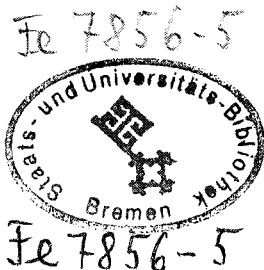
Das Projekt B6 "Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich" hat im Jahre 1994 im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 186 seine Arbeit aufgenommen. Die gegenwärtigen Projektmitglieder sind Hans-Peter Blossfeld (Projektleiter), Sonja Drobnic, Beate Ernicke, Götz Rohwer, Andreas Timm und Immo Wittig. Mit diesem Projekt wird ein international vergleichendes Forschungsvorhaben fortgeführt, das von Hans-Peter Blossfeld am European University Institute in Florenz begonnen wurde.

ner in nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, (4) der Übergang in eine Ehe, (5) die Veränderungen im Rahmen des Familienzyklus, die Bildung von Mehr-Generationenhaushalten, (6) die Beendigung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften und Ehen durch Trennung, Scheidung oder Tod und (7) die Wiederverheiratung sowie späte nicht-eheliche Lebensgemeinschaften.

Theoretisch wird dabei auf die These aus der Schicht- und Mobilitätsforschung zurückgegriffen, daß Familien beziehungsweise Haushalte und nicht Individuen die grundlegenden Einheiten des Systems der sozialen Ungleichheit sind. Erst über Familienverbände und Haushaltsgemeinschaften wird ein Großteil der Bevölkerung in das System sozialer Ungleichheit einbezogen, und erst über diese Vermittlungsinstanzen führen die ungleichen Chancen am Arbeitsmarkt zu faktischer Ungleichheit von Lebenschancen. Betrachtet werden deswegen nicht isolierte Lebensläufe einzelner Männer und/oder Frauen, sondern die über die soziale Herkunft und den Haushaltskontext vermittelten Bedingungen, unter denen sich die individuellen Lebensläufe und Statuspassagen vollziehen. Dabei wird zum einen über eine kohortenvergleichende Perspektive die heute häufig diskutierte These zu bewerten versucht, daß moderne Gesellschaften

Ziele und Forschungsfragen

Die allgemeine Zielsetzung dieses Projekts besteht darin, den Zusammenhang zwischen dem Wandel von Haushalten (oder privaten Lebensformen) und der Veränderung der Lebensläufe der individuellen Haushaltsmitglieder zu analysieren. Dabei stehen die verschiedenen Dimensionen der Lebensläufe der Individuen (soziale Herkunft, Bildungsverlauf, Erwerbsbeteiligung, Berufskarriere, Einkommensverlauf) als Bedingungen und Konsequenzen von Haushaltsveränderungen im Mittelpunkt. Zu den Statusübergängen auf der Ebene der Haushalte zählen (1) das Verlassen des Elternhauses, (2) die Gründung von Single-Haushalten, (3) das Zusammenziehen von Part-



Inhalt

Haushaltsdynamik und soziale Ungleichheit im internationalen Vergleich	1
Editorial	2
Reaktionen auf die Einführung der Teilrente	6
Lage und Statuspassagen in Landfamilien	14
Nachrichten aus dem Sfb	20
FE n	20

ten durch eine wachsende Individualisierung ihrer Mitglieder gekennzeichnet seien und sich deswegen eine zunehmende Destratifizierung ergeben habe. Zum anderen wird durch einen internationalen Vergleich aufzuzeigen versucht, in welcher Weise den meisten modernen Gesellschaften gemeinsame Makroprozesse (Bildungsexpansion, Tertiärisierungsprozeß der Berufsstruktur, Expansion des Wohlfahrtsstaates, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen, steigende Arbeitslosigkeit) durch länder-spezifische Kontexte gefiltert werden und sich beschleunigend oder retardierend auf den Wandel der privaten Lebensformen auswirken. So ist zum Beispiel bekannt, daß in Europa die skandinavischen Länder in der Differenzierung und Pluralisierung privater Lebensformen eine Vorreiterfunktion einnehmen, die Länder in Mitteleuropa hinterherhinken und die südeuropäischen Länder das Schlußlicht bilden. Neben der Bundesrepublik und dem Sonderfall der Vereinigten Staaten von Amerika werden deswegen skandinavische Länder und südeuropäische Länder vorrangig in den internationalen Vergleich einbezogen.

Methodisch steht eine quantitative Längsschnittperspektive im Vordergrund. Die wesentliche Zielsetzung des Projekts ist es hier, die Entstehung und Veränderung von Haushalts- und Familienbeziehungen als parallele Prozesse bei der Produktion sozialer Ungleichheiten zu begreifen und die Muster der Schicht- und Klassenbildung dynamisch zu analysieren. Die Untersuchungen stellen dabei eine Sekundäranalyse vorhandener Längsschnittdatensätze dar, die mit Hilfe der Methoden der Ereignis- und Panelanalyse ausgewertet werden sollen. Diese statistischen Verfahren haben sich besonders zum Verständnis der Zusammenhänge von Prozes-

sen auf der Makro-, Meso- und individuellen Ebene als nützlich erwiesen. Sie wurden bisher allerdings nur selten in international vergleichenden Untersuchungen eingesetzt. Das Teilprojekt ist deswegen auch daran interessiert, analytische, statistische und datentechnische Instrumente für die komparative Längsschnittanalyse von Haushaltsprozessen weiterzuentwickeln.

Herkunftsfamilie, Bildungschancen und Bildungsexpansion

Im Rahmen des Projekts ist zunächst eine größere international vergleichende Studie zu den herkunftsbezogenen Bildungschancen von Männern und Frauen und deren Veränderung im Zuge der Bildungsexpansion entstanden (Shavit/Blossfeld 1993). In den systematischen Vergleich wurden dabei, neben West-Deutschland, die USA, die Niederlande, Schweden, England und Wales, Italien, die Schweiz, Taiwan, Japan, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Israel einbezogen. Das überraschende Ergebnis dieser länderspezifischen Analysen war, daß sich, mit Ausnahme von Schweden und den Niederlanden, trotz erheblicher Bildungsexpansion, die herkunftsbezogenen Bildungsungleichheiten über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren praktisch nicht verringert haben. Während sich die Bildungschancen von Kindern aus unteren Schichten damit nicht verbessert haben, haben die Frauen mit den Männern gleichgezogen und in einigen Ländern die Männer sogar überholt.

Verbesserte Bildungs- und Berufschancen von Frauen und Familienbildung

Im Anschluß daran hat das Projekt untersucht, wie sich die verbesserten

Bildungs- und Berufschancen von Frauen auf die Phase der Familien-

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die fünfte Ausgabe des Sfb-Reports enthält (wie immer) drei Beiträge aus der laufenden Forschungstätigkeit des Sfb. Sie kommen aus drei Projekten, die in der dritten Forschungsphase zum Sfb-Projektverbund hinzugekommen sind und hinsichtlich der Thematik und des theoretisch-methodischen Zugangs neue Akzente in die Forschungskonzeption des Sfb einbringen.

Der Beitrag von Hans-Peter Blossfeld verdeutlicht einerseits die internationale Vergleichsperspektive des Projektes B6 und andererseits den empirischen Zugang über die Sekundäranalyse von Längsschnittdaten mit den Methoden der Ereignis- und Panelanalyse. Der zweite Beitrag kommt aus dem von Winfried Schmähl geleiteten Projekt C5 "Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase" und untersucht die in der Öffentlichkeit vieldiskutierte Übergangsphase in die Nacherwerbsphase aus ökonomischer Perspektive. Das an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführte Kooperationsprojekt "Ländliche Familie und Jugend in den neuen Bundesländern" berichtet über erste Forschungsergebnisse der dramatischen Umbruchsituation in den ländlichen Gebieten der ehemaligen DDR.



Prof. Dr. Ansgar Weymann
Sprecher des Sfb 186

bildung (nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, erste Heirat und erste Geburt eines Kindes) auswirken (Blossfeld 1995). Ist es tatsächlich so, wie von der ökonomischen Theorie der Familie behauptet, daß die Familie als Institution an Bedeutung verliert und die Frauen keine Kinder mehr bekommen wollen, wenn sich ihre Bildungs- und Berufschancen im Vergleich zu den Männern deutlich verbessern? Die Grundlage der in den Vergleich einbezogenen Länder waren dabei, neben West-Deutschland, die Länder Schweden, die Niederlande, Frankreich, Großbritannien, die USA, Italien, Spanien und Ungarn. Das übereinstimmende Ergebnis war, daß sich die Bildungsexpansion in modernen Gesellschaften vor allem in einer zeitlichen Strukturverschiebung der Familienbildungsphase im Lebenslauf niederschlägt. Eine zunehmend größere Zahl höher gebildeter Frauen verweilt länger im Bildungssystem und holt die Familienbildungsprozesse (Heirat und die Geburt eines Kindes) dann einfach später nach. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften setzen sich dabei als Lebensform in einer Lebenspassage durch, die durch hohe Statusunsicherheit gekennzeichnet ist. Vom höheren Bildungsniveau der Frauen an sich und damit von deren verbesserten Berufschancen, läßt sich dagegen in der Regel kein bedeutsamer Effekt auf die Familie als Institution und nur ein schwacher Einfluß auf die Kinderlosigkeit feststellen. Es gibt allerdings auch Unterschiede, die sich in Europa an einer Nord-Süd-Achse festmachen lassen. So wirkt sich die Bildungsexpansion in traditionellen Familiensystemen, wie etwa in Italien und Spanien, stärker auf die Familie aus, als in West-Deutschland, Frankreich oder Großbritannien, und dort wiederum intensiver als in den weit egalitäreren familiären Struktu-

ren skandinavischer Länder, wie etwa in Schweden.

Vollzeit- und Teilzeitarbeit im Familienzyklus

In einer weiteren Projektstudie wurde dann die Frage behandelt, wie sich die Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen im Zusammenhang mit dem Familienzyklus über den Lebenslauf verändert und welche Wandlungsprozesse sich dabei über die Generationen hinweg ergeben (Blossfeld/Hakim 1996). Neben den ehemals sozialistischen Ländern, in denen die Teilzeitarbeit von Frauen keine Sonderrolle gespielt hat (Drobnic 1996), und den USA (Drobnic/Wittig 1995, 1996; Drobnic/Blossfeld/Rohwer/Wittig 1995), die ebenfalls eine Sonderposition einnehmen, wurden in die Analysen sowohl südeuropäische Länder, wie Griechenland und Italien, als auch nordeuropäische Länder, wie Frankreich, West-Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Dänemark und Schweden, einbezogen. Einige Resultate dieser systematisch-vergleichenden Untersuchungen sind besonders bemerkenswert. Zunächst läßt sich, wie bei der Familienbildung, auch hier in Europa eine deutliche Nord-Süd-Spaltung in der Art und im Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen feststellen. Teilzeitarbeit von Frauen ist in Südeuropa nur schwach ausgeprägt. Bis in die späten 80er Jahre hinein hat sich dagegen in Nordeuropa die wachsende Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen im Grunde völlig über eine Expansion der Teilzeitarbeit vollzogen. Eine leicht wachsende Vollzeiterwerbstätigkeit verheirateter Frauen läßt sich in diesen Ländern erst ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre nachweisen. Dabei war die Teilzeiterweiterung in der Phase des Wirtschaftswunders besonders stark und hat in den öko-

nomischen Krisenzeiten der späten 70er und 80er Jahre beträchtlich an Schwung verloren. Teilzeitarbeit wurde von den meisten nordeuropäischen Ländern als probates Mittel benutzt, verheiratete Frauen in der Phase der ökonomischen Hochkonjunktur in den Arbeitsmarkt zu integrieren - ohne deren traditionelle Familienrolle grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Wirkung der explosionsartigen Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten 40 Jahren darf deswegen nicht vorschnell überbewertet werden. Die Rolle der Frau als Hausfrau und Zusatzverdienerin hat sich dadurch nicht grundlegend gewandelt. Diese Frauen sind zwar ökonomisch nicht mehr vollständig von ihren Ehemännern abhängig, aber sie stellen ihre eigenen langfristigen Berufschancen während der Familienphase noch immer zur Disposition. Andererseits wäre es auch falsch, teilzeitarbeitende Frauen in der Familienphase nur unter dem Gesichtspunkt der Marginalisierung zu betrachten, wie dies leider heute häufig mit den Begriffen der "atypischen" oder "nicht-standard Beschäftigten" geschieht. Denn eine solche Perspektive berücksichtigt nicht, daß es sich bei diesen Frauen nicht um isolierte, einzelne Arbeitnehmer handelt, sondern daß diese Frauen über ihre Familien in der Regel Schutz im Falle von Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie soziale Sicherheit im Alter bekommen.

Homogamie, Erwerbsmuster von Frauen und soziale Klassen

In der gegenwärtigen Projektphase konzentrieren sich die Arbeiten zunächst auf die Untersuchung der folgenden zwei Fragen: (1) In welcher Weise hat sich in modernen Gesellschaften die Reproduktion sozialer Ungleichheit von der Herkunftsfamilie über die Bildungs- und

Berufsverläufe der Lebenspartner bis hin zur Gründung einer neuen Familie (nicht-eheliche Lebensgemeinschaft oder/und Ehe) verändert? (2) Wie sind in modernen Gesellschaften die Erwerbs- und Berufskarrieren von Partnern (in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften und Ehen) mit der sozialen Lage ihrer Haushalte und deren Dynamik (Dauer der Lebensgemeinschaften oder Ehen, Zeitpunkte der Kindergeburten etc.) verbunden?

Erste Ergebnisse, wie Ehegatten sich gegenseitig im Lebensverlauf beeinflussen, liegen aus dem Projekt für Westdeutschland vor (Blossfeld/-Drobnic/Rohwer 1995). Sie basieren auf einer Längsschnittanalyse mit symmetrischer Perspektive. Das heißt, es wurde für Ehemänner und Ehefrauen untersucht, wie sich die Übergänge zwischen (bezahlter) Voll- und Teilzeitarbeit und unbezahlter Hausarbeit vom Zeitpunkt der Heirat an vollziehen. Drei Fragen standen dabei im Vordergrund: (1) In welchem Ausmaß heiraten Paare homogam und wie beeinflusst dies ihr Erwerbsverhalten im späteren Familienzyklus? (2) In welcher Weise sind die Übergänge zwischen bezahlter Voll- und Teilzeitarbeit und unbezahlter Hausarbeit geschlechtsspezifisch organisiert? (3) Lassen sich klassenspezifische Unterschiede bei der Arbeitsteilung zwischen den Ehegatten feststellen und wie verändern sich diese über die Heiratskohorten?

Die Ergebnisse zeigen, daß in Deutschland die Mehrzahl der Ehen noch immer homogam geschlossen wird. Das heißt, die Ehepartner sind sich sehr ähnlich hinsichtlich ihrer Karrierechancen und Arbeitseinkommen bei der Eheschließung. Daneben gibt es aber auch noch eine erhebliche Anzahl von Paaren mit sehr unterschiedlichen individuellen Einkommens- und Karrierechancen -

The New Role of Women

Family Formation in Modern Societies

Herausgeber Hans-Peter Blossfeld

Dies ist das erste Buch, in dem die Veränderungen der Familienbildung in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten seit dem Ende des 2. Weltkrieges mit Längsschnittdaten international vergleichend nachgezeichnet werden. Diese waren dramatisch. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und Geburten außerhalb der Ehe haben sich in einer Zeit verbreitet, in der sich die Rolle junger Frauen grundlegend verändert hat. Diese Frauen sind heute höher gebildet, haben weit bessere Berufschancen, heiraten später und haben eine größere reproduktive Autonomie aufgrund der Fortschritte in der Empfängnisverhütung. Die Beiträge in diesem Band vergleichen nationale Unterschiede, um dadurch den Zusammenhang zwischen der neuen Rolle junger Frauen und dem Prozeß der Familienbildung besser zu verstehen.

Der Inhalt: FOREWORD (David G. Grusky und Marty Tienda). INTRODUCTION. Changes in the Process of Family Formation and Women's Growing Economic Independence. A Comparison of Nine Countries (Hans-Peter Blossfeld). COUNTRY-SPECIFIC STUDIES ON THE TRENDS IN FAMILY FORMATION AND THE NEW ROLE OF WOMEN. Sweden (Britta Hoem), West Germany (Hans-Peter Blossfeld und Götz Rohwer), France (Henri Leridon und Laurent Toulemon), The Netherlands (Jenny de Jong Gierveld und Aart C. Liefbroer), Great Britain (Kathleen E. Kiernan und Eva Lelievre), United States of America (Valerie K. Oppenheimer, Hans-Peter Blossfeld und Achim Wackerow), Italy (Antonella Pinnelli und Alessandra De Rose), Spain (Margarita Delgado), Hungary (Peter Robert und Hans-Peter Blossfeld). DISCUSSION OF RESULTS AND CONCLUSIONS. Women's Education and the Costs and Benefits of Marriage (Annemette Sørensen), The Role of Women's Economic Independence in Marriage Formation: A Sceptic's Response to Annemette Sørensen's Remarks (Valerie K. Oppenheimer). HOW THE OTHER HALF LIVES. Education, Work, and Family Patterns of Men: The Case of West Germany (Johannes Huinink).

Westview Press, Boulder - San Francisco - Oxford

ISBN 0-8133-2306-1, 266 Seiten.

und zwar überraschenderweise in beide Richtungen. Relativ gleich häufig sind nicht nur Paare, in denen die Männer einen höheren beruflichen Status haben als ihre Ehefrauen, sondern auch Ehen, in denen die Frauen ihre Ehemänner bezüglich ihrer Karrieremöglichkeiten zu Beginn der Ehe deutlich überflügeln. Aufgrund der ökonomischen Theorie der Familie wäre deswegen zu erwarten, daß derjenige Partner (ob Mann

oder Frau), der die besseren Karriere- und Einkommenschancen hat, sich innerhalb der Ehe auf die marktmäßige Erwerbsarbeit spezialisiert, während der andere sich stärker der Hausarbeit und der Kindererziehung zuwendet. Leider stellt sich die Situation in West-Deutschland auch bei jüngeren Paaren empirisch ganz anders dar. Übergänge von Ehemännern in Teilzeitarbeit und Erwerbsunterbrechungen von Ehemännern sind

Techniques of Event History Modeling

New Approaches to Causal Analysis

Hans-Peter Blossfeld und Götz Rohwer

Erschienen im November 1995

In den letzten 10 Jahren haben sich bei den Methoden der Ereignisanalyse viele Neuerungen und Weiterentwicklungen ergeben. In diesem Buch werden diese jüngsten Fortschritte zusammenfassend dargestellt und in das vorhandene Wissen integriert. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt dabei auf der Herausarbeitung der Beziehung zwischen inhaltlich-kausalem Denken und der methodisch-technischen Längsschnittmethodologie. Mit vielen Beispielen (auf einer Diskette dem Buch beigelegt) wird gezeigt, daß die Methoden der Ereignisanalyse eine quasi "natürliche" zeitbezogene Repräsentation von kausalen Argumenten ermöglichen. Eine besondere Stärke des Buches liegt in der Darstellung eines neuen Zugangs zur Analyse interdependenter dynamischer Systeme. Es zeigt, daß eine kausale Herangehensweise an interdependente Systeme mit Hilfe der Übergangsraten möglich ist, und daß die Systemperspektive kein Ersatz für einen kausalen Ansatz in der Sozialwissenschaft sein kann. Darüber hinaus wird in diesem Buch dafür plädiert, in den Sozialwissenschaften den traditionellen deterministischen Kausalansatz zugunsten eines probabilistischen aufzugeben. Dabei sollte die Indetermination nicht als bloß technische Größe (in der Folge begrenzter empirischer Beobachtungen) begriffen werden, sondern ist als theoretische Kategorie zu fassen. Es ist die Tendenz von sozial Handelnden, ihr zukünftiges Verhalten in Abhängigkeit von Veränderungen in der Gegenwart und Vergangenheit zu verändern.

Lawrence Erlbaum Associates, Hillsdale (NJ) - Hove - London

ISBN 0-8058-1959-2 (cloth), 292 Seiten

ISBN 0-8058-1960-6 (paper), 292 Seiten

fast nicht meßbar. Das heißt, obwohl viele Männer zu Beginn der Ehe ein weit geringeres Einkommenspotential besitzen als ihre Frauen, sind es fast ausschließlich Frauen, die auf die Veränderungen im Familienzyklus mit Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit reagieren.

Eine genauere Untersuchung des Einflusses der sozialen Position des Ehemanns auf das Erwerbsverhalten der Ehefrauen zeigt darüber hinaus, daß ihr Erwerbsverhalten nur aus dem Haushaltskontext heraus verstanden werden kann. Frauen, die zum Heiratszeitpunkt überwiegend vollzeit-

erwerbstätig waren, unterbrechen weiterhin ihre Erwerbstätigkeit bei der Geburt des ersten Kindes. Dies bedeutet nicht, daß die Ressourcen der Frau keine Rolle spielen würden. Höhergebildete Frauen mit besseren Karrieremöglichkeiten und höheren Einkommenschancen unterbrechen weniger häufig und - falls sie unterbrochen haben - kehren häufiger vor allem in das Teilzeit-Segment des Arbeitsmarktes zurück. Dies kann als eine Bestätigung der Humankapitaltheorie gewertet werden. Insgesamt besteht über die Heiratskohorten hinweg eine generelle Tendenz, nach einer Unterbrechung schneller wieder

in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Dies gilt für Teilzeitarbeit schon seit drei Jahrzehnten und wurde in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auch für die Vollzeitwerbstätigkeit zunehmend üblich. Insgesamt stellt die Arbeit von Ehefrauen in Westdeutschland eine wichtige Zusatzeinkommensquelle dar, um einen höheren Lebensstandard zu erreichen bzw. diesen aufrechtzuerhalten.

Dennoch zeigen unsere Analysen auch, daß die Position der Ehemänner auf die Erwerbskarrieren ihrer Frauen einen starken Einfluß ausübt. Je höher der berufliche Status des Ehemannes ist, desto stärker ist der Druck auf die Ehefrau, den Arbeitsmarkt zu verlassen und diesem fernzubleiben. Dies ist besonders ausgeprägt in den Fällen, in denen der Ehemann ein erheblich höheres Einkommen hat als seine Frau.

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, daß die soziale Herkunft des Ehemannes einen stärkeren Einfluß auf das Erwerbsverhalten der Ehefrau hat als ihre eigene soziale Herkunft. Die traditionellsten Familienstrukturen, die durch die Spezialisierung des Ehemannes auf die Erwerbsarbeit und der Ehefrau auf die Hausarbeit gekennzeichnet sind, finden sich in den Fällen, in denen der Mann aus einer einfacheren Schicht stammt, Karriere gemacht und eine Frau mit geringeren beruflichen Möglichkeiten geheiratet hat. Dies kann als ein Zeichen dafür interpretiert werden, daß aufwärtsmobile Männer auf die größere Unterstützung ihrer Frauen angewiesen sind, um ihre Karrieren erfolgreich zu gestalten. Folglich verzichten gerade diese Frauen auf ihre eigene Karriere und verhalten sich sehr traditionell.

Weiterentwicklung fortgeschrittener Längsschnittmethoden

Die gerade vorgestellten Analyseergebnisse sind ohne den Einsatz einer fortgeschrittenen quantitativen Längsschnittmethodologie undenkbar. Ein Teil der Aufgaben des Projekts erstreckt sich deswegen nicht nur auf die bloße Anwendung solcher Methoden, sondern im Zentrum des Projekts B6 steht auch eine inhaltlich orientierte Weiterentwicklung neuer Methoden und Techniken der Längsschnittanalyse. Dazu ist im Projekt gerade ein neues Methodenbuch entstanden (Blossfeld/Rohwer 1995). Das Projekt hat sich darüber hinaus vor allem auf das Computerprogramm TDA (Transition Data Analysis) von Götz Rohwer (1994) gestützt, das eine Vielzahl spezieller Verfahren zur Analyse von Panel- und Ereignisdaten zur Verfügung stellt und flexibel für die im Projekt gestellten methodischen Fragen erweiterbar ist.

Literatur

- Blossfeld, Hans-Peter (Hg.). 1995. *The New Role of Women Family Formation in Modern Societies*. Boulder: Westview Press.
- Blossfeld, Hans-Peter, Sonja Drobnic und Götz Rohwer. 1995. "Employment Patterns: A Crossroad Between Class and Gender. A Long-term Longitudinal Study of Spouses' Careers in West Germany". Universität Bremen, unv. Manuskript.
- Blossfeld, Hans-Peter und Catherine Hakim (Hgs.). 1996. *Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States*. Oxford University Press (im Erscheinen).
- Blossfeld, Hans-Peter und Götz Rohwer. 1995. *Techniques of Event History Modeling. New Approaches to Causal Analysis*. Hillsdale (NJ): Lawrence Erlbaum.
- Drobnic, Sonja. 1996. "Part-time in Central and East European Countries." In: Blossfeld, Hans-Peter und C. Hakim (Hgs.). *Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in*

Europe and the United States. Oxford University Press.

Drobnic, Sonja und Immo Wittig. 1995. "Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigkeit im Familienzyklus US-amerikanischer Frauen - Eine Längsschnittanalyse." In: *Zeitschrift für Soziologie* Jg. 24, Heft 5, S. 374-389.

Drobnic, Sonja und Immo Wittig. 1996. "Women's Part-time Work and the Family Life Cycle." in Hans-Peter Blossfeld and C. Hakim (eds.). *Between Equalization and Marginalization. Part-time Working Women in Europe and the United States*. Oxford University Press.

Drobnic, Sonja, Hans-Peter Blossfeld, Götz Rohwer und Immo Wittig. 1995. "Women's Part-Time Work: Reconciliation Between Family and Employment?", Universität Bremen, unv. Manuskript.

Shavit, Yossi und Hans-Peter Blossfeld (Hgs.). 1993. *Persistent Inequality. Changing Educational Attainment in Thirteen Countries*. Boulder: Westview Press.

Christiane Oswald, Holger Viebrok und Rainer George

Reaktionen auf die Einführung der Teilrente beim Übergang vom Erwerbsleben in die Nacherwerbsphase

Die Beendigung der offiziellen Erwerbstätigkeit aus Altersgründen stellt im Lebensverlauf von Arbeitnehmern, Arbeitnehmerinnen und ihren Haushaltsmitgliedern einen markanten Einschnitt dar. Es ändern sich dadurch sowohl die ökonomischen Verhältnisse in den betroffenen Haushalten als auch die übrigen Lebensumstände wie soziale Kontakte, Tagesabläufe oder die Bestätigungen

und auch Belastungen, die der bisherige Beruf mit sich brachte. Personen, die sich Gedanken zu ihrem Übergang in den Ruhestand machen und dazu eine Entscheidung fällen wollen, müssen solche Veränderungen in ihre Überlegungen einbeziehen. Dabei handelt es sich jedoch nicht ausschließlich um starre, von außen gesetzte Bedingungen. Vielmehr haben auch Arbeitnehmer - in begrenztem

Maße - Möglichkeiten, einen Teil der Rahmenbedingungen selbst zu beeinflussen, während Selbständige noch weitere Gestaltungsmöglichkeiten des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand haben.

So stellen zum Beispiel auch die privaten Ersparnisse eine wichtige finanzielle Rahmenbedingung dar, die durch frühzeitige individuelle Vor-

sorge beeinflusst werden kann. Stehen solche Ressourcen zur Verfügung, eröffnet sich im Alter ein breiteres

beeinflusst werden könne. Dabei wirken gesetzliche Regelungen, ökonomische Anreize und auch soziale

versicherung als Orientierung für individuelle Ruhestandsentscheidungen mehr und mehr abgelöst worden

Abbildung: Anteil der Erwerbspersonen an der erwerbsfähigen Bevölkerung nach Altersgruppen im Zeitverlauf (Westdeutschland)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Mikrozensus

Spektrum von Möglichkeiten, zum Beispiel kann ein frühzeitiges Ende der Erwerbstätigkeit finanziell besser verkraftet werden. Das gleiche gilt, wenn bereits hohe Ansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung bestehen oder etwa Leistungen aus einer betrieblichen Altersversorgung zu erwarten sind. Jedoch stehen für Frauen diese Optionen, vor allem aufgrund von Erwerbsunterbrechungen zur Kindererziehung, seltener zur Verfügung.

Der Übergang in den Ruhestand findet i. d. R. als abrupter Statuswechsel von der Erwerbstätigkeit in die Rente statt. Als wichtigste ökonomische Frage wurde in vielen Forschungsarbeiten untersucht, was den Zeitpunkt dieses Wechsels bestimmt und wie er

Normen auf das individuelle Verhalten ein. Diese Befunde waren Ausgangspunkt für dieses interdisziplinäre Projekt von Ökonomen innerhalb des soziologisch ausgerichteten Sfb 186, wo die Thematik des Statuswechsels vom Erwerbsleben in den Ruhestand bereits mehrfach behandelt wurde (vgl. z. B. Göckensjan, 1993; Behrens, Dreyer-Tümmel, 1993).

Es zeigte sich, daß die Altersgrenzen, die vom Gesetzgeber als Anspruchsvoraussetzung konzipiert wurden, nicht nur eine Mindestnorm für die Inanspruchnahme einer Rente, sondern auch die Obergrenze für das individuell gewünschte Ruhestandsalter darstellen. Jedoch sind in den letzten Jahren die Altersgrenzen der Renten-

(vgl. Gatter, Hartmann, 1995). An ihre Stelle traten zum Teil Altersgrenzen, die nicht mehr aus dem Alterssicherungssystem im engeren Sinne herrührten, sondern durch betriebliche, tarifvertragliche oder staatliche Vorruhestandsleistungen oder eine weite Auslegung der Erwerbsunfähigkeit bestimmt sind. "Dieser Trend zu einem zunehmend früheren Übergang in den Ruhestand gehört zu den markantesten Veränderungen der Lebenslauforganisation in den letzten Jahrzehnten" (Kohli, 1993, S. 178).

Hinzugetreten sind von staatlicher und zum Teil auch von betrieblicher Seite Versuche, die Beendigung der Erwerbstätigkeit nicht mehr als abrupten Statuswechsel stattfinden zu

lassen, sondern einen schrittweisen Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen. Vor allem Gerontologen, aber auch zahlreiche Arbeitnehmer sahen darin Vorteile (vgl. Bäcker, Naegele, 1992, S. 505). Zum einen kann eine solche Option den individuellen Bedürfnissen der älteren Arbeitnehmer mit unterschiedlichen Gesundheitsverfassungen und unterschiedlichen Arbeitsbedingungen besser entsprechen. Eine allmähliche Arbeitszeitverkürzung kann auch helfen, sich in den neuen Status Ruhestand einzugewöhnen und so Anpassungskonflikte vermeiden helfen. Darüber hinaus ist eine Abnahme der Arbeitsbelastung für viele, gerade gesundheitlich eingeschränkte ältere Beschäftigte eine Voraussetzung dafür, daß sie überhaupt noch weiterarbeiten können. So könnte Teilzeitarbeit auch ein Weg sein, frühzeitige Erwerbsunfähigkeit zu verringern, indem übermäßige Belastungen vermieden werden, ohne daß das Einkommen zu sehr sinkt.

Viele Arbeitnehmer haben sich dennoch für den frühestmöglichen Zeitpunkt zum vollständigen Ausstieg aus ihrer Erwerbstätigkeit entschieden. Andere, vor allem in Ostdeutschland, sind durch eine ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt früh (mit 57 oder gar 55) und meist unfreiwillig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, was zusammen mit dem größer werdenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung die Alterssicherungssysteme vor große finanzielle Belastungen stellt. Diese frühe Beendigung der Erwerbstätigkeit wirkt sich deutlich vor allem auf die Erwerbsbeteiligung von Männern der Altersgruppe 60 bis unter 65 Jahren aus, wie die Grafik auf Seite 7 zeigt.

Bei den Frauen wird die Abnahme der Erwerbsquoten Älterer durch eine

Tendenz zu einer höheren Erwerbsbeteiligung der jüngeren Jahrgänge bei den verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen überlagert, die allmählich in diese Altersgruppen hineinwachsen (Kohorteneffekte). Gleichzeitig ist Teilzeitbeschäftigung bei Frauen erheblich weiter verbreitet als bei Männern. 1993 waren 90,9 % der Teilzeitbeschäftigten Frauen, 36,1 % der Frauen, aber nur 2,6 % aller erwerbstätigen Männer arbeiteten in einer Teilzeitbeschäftigung.¹ Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitsstunden lag bei den Männern (inkl. Selbständige) bei 40,1, bei den Frauen bei 30,9 Stunden (Quelle: Mikrozensus).

Um den Anstieg der Beitragsbelastung der erwerbstätigen Bevölkerung zur Rentenversicherung zu bremsen, wird durch das Rentenreformgesetz 1992 das künftige reguläre Ruhestandsalter ab 2001 stufenweise bis auf 65 Jahre für Männer und Frauen angehoben.² Ist man jedoch bereit, Abschläge von 3,6 % für jedes Jahr früheren Rentenbeginns in Kauf zu nehmen, kann man auch nach dem Jahr 2006 früher eine Altersrente beziehen und schon ab dem 62. Lebensjahr in Rente gehen.³ Bis dahin muß sich entweder der Trend zum frühzeitigen Ruhestand umkehren, oder ein größerer Teil der finanziellen Belastungen muß dann von den Vorruheständlern selbst getragen werden, was jedoch in vie-

¹ Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, Tabelle 130.

² Eine Ausnahme bildet das Altersruhegeld für Berufsunfähige, Erwerbsunfähige und Schwerbehinderte, das weiterhin ab dem 60. Lebensjahr verfügbar ist.

³ Zur Zeit liegt die Altersgrenze für langjährig versicherte Männer bei 63, für langjährig versicherte Frauen bei 60 Jahren.

len Haushalten nur schwer möglich sein dürfte.

Um Verhaltensänderungen der Arbeitnehmer zu erreichen, müssen zunächst günstigere Bedingungen zum Verbleib älterer Arbeitnehmer in der Erwerbstätigkeit geschaffen werden. Dies wird nicht ohne eine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsmarktsituation zu erreichen sein. Zum anderen sind angesichts flexiblerer Strukturen in Produktion und Dienstleistung auch flexiblere institutionelle Regelungen in diesem Bereich notwendig, um innovative Konzepte zur stärkeren Einbindung älterer Mitarbeiter zu ermöglichen und die verschiedenen Interessen von staatlicher, betrieblicher und individueller Seite zu berücksichtigen.

Dies setzt auch ein Überdenken der sozialrechtlichen Rahmenbedingungen voraus, zu denen unter anderem auch die Voraussetzungen für Altersrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung gehören. Mit der Einführung der Teilrente durch das Rentenreformgesetz 1992 erfolgte eine Änderung der Rahmenbedingungen dieser Statuspassage. Das Teilrenten-Projekt des Sfb untersucht die Reaktionen auf geänderte institutionelle Regelungen anhand des kleinen Personenkreises, der die neue Möglichkeit eines schrittweisen Übergangs in den Ruhestand in Anspruch nimmt. Während das Rentenalter in Deutschland schon seit der Rentenreform 1972 innerhalb gewisser Grenzen flexibel ist, flexibilisiert die Teilrente den Übergang in den Ruhestand, der vorher nur nach dem "Ganz-oder-gar-nicht"-Prinzip erfolgen konnte.

Schwerpunkt der laufenden Projektphase ist es, herauszufinden, wie sich die bereits erfolgte institutionelle Reform der Statuspassage "Übergang in

den Ruhestand" durch Änderung finanzieller Anreize im Transfersystem, hier insbesondere des Rentensystems, auf das Erwerbsverhalten älterer Arbeitnehmer und Selbständiger auswirkt. Für die Zukunft interessiert uns, wie flexible sozialpolitische Instrumente bei Schaffung neuer Anreize zur Weiterarbeit über den frühestmöglichen Rentenbeginn hinaus (z. B. durch Abschläge bei früherem Rentenbeginn) wirksam werden, diese unterstützen oder konterkarieren. Dazu sind die Anreize von anderen Einflußfaktoren, wie z. B. der Arbeitsmarktlage für ältere Arbeitnehmer, zu isolieren.

Das sozialrechtliche Umfeld des Teilrentenmodells

Im Jahre 1989 wurde das ausgelaufene Vorruhestandsgesetz durch das Altersteilzeitgesetz ersetzt, das erstmals gesetzliche Regelungen zum schrittweisen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben beinhaltet. Arbeitgeber, die mit mindestens 58-jährigen eine Reduzierung der Arbeitszeit auf die Hälfte vereinbarten, konnten unter bestimmten Voraussetzungen einen Zuschuß der Bundesanstalt für Arbeit erhalten (vgl. Schmähl, Gatter, 1994, S. 441). Diese Option wurde jedoch, da sie im Vergleich zur sogenannten 59er-Regelung weder für Arbeitnehmer noch für Arbeitgeber finanziell interessant war, von den Tarifparteien nicht zur Grundlage von Vereinbarungen genutzt und lief Ende 1991 aus.⁴

Mit der Teilrente wurde im Zuge der Rentenreform 1992 ein Gleitmodell eingeführt, das den teilweisen Bezug

⁴ Einen kurzen Überblick über verschiedene Bemühungen um einen "gleitenden Ruhestand" und deren Scheitern geben Rosenow und Naschold (1994, S. 322-327)

einer Altersrente bei Reduzierung des Erwerbseinkommens ermöglicht. Das Teilrentenmodell entspricht weitestgehend einem von der BfA ausgearbeiteten Vorschlag (vgl. Clausing, 1988 oder Wagner, Kirner und Schupp, 1988, S. 14ff.). Primäres Ziel ist, eine humane Möglichkeit zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu bieten und damit eine finanzielle Entlastung der Rentenversicherer zu bewirken. Teilrenten können also gezahlt werden, wenn ein Anspruch auf eine Altersrente besteht und nicht als Frührente. Durch das relativ hohe Eintrittsalter konkurriert die Teilrentenregelung der gesetzlichen Rentenversicherung vor allem mit Wegen, die einen frühzeitigen und vollständigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben ermöglichen. Dazu gehören:

- Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten,⁵ die keinen bestimmten Altersgrenzen unterliegen.
- Die Altersrente für Erwerbsgeminderte und Schwerbehinderte wird nach Anhebung der Altersgrenzen weiter mit 60 Jahren verfügbar sein.
- Betriebs- und branchenspezifische Vorruhestandsregelungen, die es auch nach dem Auslaufen der staatlichen Vorruhestandsregelung 1988 immer noch gibt. Diese zielen meist auf eine Verringerung der (älteren) Belegschaft und werden auch in Wachstumsbranchen wie dem

Banken- oder dem Versicherungssektor häufig eingesetzt. Da die Einkommenseinbußen selten sehr hoch sind und bei körperlichem Verschleiß oder Streßbelastung die Beendigung der Erwerbsarbeit oft als Erleichterung angesehen wird, entspricht ein solches Vorgehen häufig den Wünschen der Arbeitnehmer.

- Die sog. 59er-Regelung, die es älteren Arbeitnehmern ermöglicht, eine vorgezogene Rente mit 60 Jahren zu beantragen, wenn sie seit mindestens einem Jahr arbeitslos sind. Da mittlerweile die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld für Ältere auf 32 Monate angehoben worden ist, können ältere Beschäftigte auf diese Weise ab dem 57. Lebensjahr und 4 Monaten aus den Betrieben ausgegliedert werden. In der Regel werden die Arbeitsverhältnisse per Aufhebungsvertrag beendet. Arbeitgeber bevorzugen diese Art der Personalentlastung aufgrund niedriger Kosten, obwohl als Ausgleich für entgangenes Einkommen häufig Abfindungen gezahlt werden, die jedoch nur zum Teil auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden und auch eine Erstattungspflicht gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit entstehen kann. Der Bezug einer vollen Altersrente ab 60 (bei Frauen) oder 63 (bei Männern) ist der am häufigsten eingeschlagene Weg für die Beendigung der Erwerbstätigkeit. Die zur Verfügung stehende Freizeit gibt Raum für andere Tätigkeiten. In anderen Fällen entsteht Rentnererwerbstätigkeit im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses.

⁵ Hierbei ist vor allem die "konkrete Betrachtungsweise" bei Berufsunfähigkeitsrenten von Bedeutung. Wenn man innerhalb einer bestimmten Frist keinen Teilzeitarbeitsplatz findet, den man trotz der Unfähigkeit, im erlernten Beruf zu arbeiten, noch ausfüllen könnte, wird die Berufsunfähigkeitsrente (die ja eine Teilrente ist) in eine volle Erwerbsunfähigkeitsrente umgewandelt.

Rechtliche Ausgestaltung der Teilrente

Die Teilrentenregelung erlaubt es älteren Arbeitnehmern, eine Rente in Höhe von einem Drittel, der Hälfte oder zwei Dritteln des vollen Altersrentenanspruchs mit einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit zu kombinieren. Eine Teilrente kommt also grundsätzlich erst dann in Frage, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung einer Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt werden. Dadurch besteht für Frauen, Arbeitslose und Schwerbehinderte frühestens ab 60, für langjährig versicherte Männer frühestens ab 63 diese Möglichkeit.

Die Reduzierung der Arbeitszeit ergibt sich nicht direkt aus der gewählten Teilrentenstufe, sondern aus der individuellen Hinzuverdienstgrenze. Jede Teilrentenstufe hat eine eigene Hinzuverdienstgrenze, die nicht allgemeingültig festgelegt ist, sondern sich auf das individuelle Erwerbseinkommen im letzten Jahr vor dem Beginn der Rente bezieht. Es existiert auch noch ein Mindest-Hinzuverdienst etwa in Höhe des halben Durchschnittsverdienstes. Die Regelung ist also in hohem Maße individualisiert.

Die Hinzuverdienstgrenzen sind so hoch angesetzt, daß bei einer Inanspruchnahme von einem Drittel der Rente die Arbeitszeit um ein Drittel reduziert werden kann. Bei einer halben Rente kann die Arbeitszeit um die Hälfte und bei einer Zwei-Drittel-Teilrente kann die Arbeitszeit um zwei Drittel vermindert werden. Werden die Hinzuverdienstgrenzen jedoch voll ausgeschöpft, ergeben sich etwas geringere Arbeitszeitreduktionen bzw. längere Arbeitszeiten. Für Vollrentner vor dem 65. Lebensjahr beträgt die Hinzuver-

dienstgrenze derzeit 580 DM (geringfügige Beschäftigung). Bei Überschreiten der Hinzuverdienstgrenze kann nur die nächst niedrigere Teilrentenstufe bezogen werden, d. h. auch eine Vollrente kann bei Überschreiten des erlaubten Hinzuverdienstes auf eine Teilrente gekürzt werden. Ab dem 65. Lebensjahr gibt es in der gesetzlichen Rentenversicherung jedoch keine Hinzuverdienstgrenzen mehr.

Die während der Teilrentenphase gezahlten Beiträge zur Rentenversicherung gehen in die Berechnung der Höhe der Rente nach endgültigem Ausstieg aus dem Erwerbsleben ein und erhöhen damit die spätere Vollrente.

Teilrentner - ein exotischer Personenkreis?

Für entschiedene Verfechter der Teilrente dürfte die bisherige Inanspruchnahme enttäuschend sein. 1993 haben nur 1.100 GRV-Rentner die Teilrente gewählt, was bei insgesamt 780.000 Rentenzugängen etwa 1,5 Promille entspricht. Betrachtet man diese kleine Gruppe näher, so stellt man fest, daß die Teilrente für Angestellte vergleichsweise attraktiver zu sein scheint als für Arbeiter, da drei Viertel der Teilrentner zu dieser Gruppe gehören.⁶ Dies liegt vermutlich vor allem daran, daß Arbeiter früher aufgrund von Erwerbsunfähigkeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden als Angestellte. Frauen haben einen etwas höheren Anteil an der Gruppe, was damit zusammenhängen kann, daß Frauen generell häufiger in Teilzeit arbeiten. Teilzeitarbeit ist für Männer häufig unge-

wohnt und mit der Angst vor beruflichem Abstieg verbunden. Der größte Teil der Männer, die in Teilrente gehen, vollziehen diesen Schritt im Alter von 63 (mit der Altersrente für langjährig Versicherte), teilweise wird auch schon im Alter von 60 die Altersrente für Schwerbehinderte und Erwerbsgeminderte in Anspruch genommen. Frauen wechseln wie erwartet am häufigsten mit 60 in die Altersrente für Frauen. Ab 65 ist die Teilrente keine lohnende Option mehr, da die Hinzuverdienstgrenzen dann wegfallen und auch bei voller Erwerbstätigkeit die volle Rente bezogen werden kann.

Bei Arbeitnehmern, die geplant haben, mit Beginn einer Rente ihre Erwerbstätigkeit ganz zu beenden, bewirkt die Inanspruchnahme einer Teilrente eine Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit. Doch die Teilrente kann auch eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit zur Folge haben, wenn ein Arbeitnehmer ursprünglich beabsichtigte, bis zum 65. Lebensjahr zu arbeiten, aber inzwischen seine Arbeitszeit aufgrund der Möglichkeit des Teilrentenbezugs verringert. Ob der Gesamteffekt der Teilrente aus einer Verkürzung oder Verlängerung der Lebensarbeitszeit besteht, ist bisher nicht geklärt und gehört zu den Fragestellungen des Projektes.

Als im Jahre 1989 das Teilrentenmodell der gesetzlichen Rentenversicherung im Rahmen des Rentenreformgesetzes beschlossen wurde, war die Diskussion um den "gleitenden Ruhestand" bereits leiser geworden.⁷ Nicht zuletzt aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und dem verbreiteten Vorgehen, Personalreduzierungen durch Ausgliederung älterer Belegschaftsmitglieder, zum Teil auf Ko-

⁶ Einen ausführlichen Überblick über die Struktur der Gruppe der Teilrentner von 1992 bis 1993 bieten Winkel et al. 1994, S. 135ff.

⁷ Dazu siehe u. a. verschiedene Beiträge in Schmähl, 1988.

**Nettoeinkommen eines "Standardrentners" bei Teilrente und Vollrente im Vergleich
(alte Bundesländer, 1995)**

Rentenstufe	Arbeits- entgelt in DM	Rente in DM	Bruttoein- kommen in DM	Steuer- pflichtiges Einkommen	Lohn- steuern in DM	Beiträge zur SV in DM	Nettoein- kommen in DM	in % des letzten Nettoein- kommens
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
ein Drittel	3.220	690	3.910	3.420	334	664	2.912	97
Hälfte	2.415	1.035	3.450	2.715	215	533	2.703	90
zwei Drittel	1.610	1.380	2.990	2.010	99	401	2.490	83
Vollrente	580	2.070	2.650	600	0	138	2.512	84
Vollrente	0	2.070	2.070	600	0	138	1.932	65

sten der Sozialversicherungssysteme vorzunehmen, war der Trend zum frühen Ruhestand, trotz des Auslaufens der staatlichen Vorruhestandsregelung, Ende 1988 noch keineswegs umgekehrt. Vielfach entsprachen Vorruhestandsregelungen auch den Präferenzen älterer Arbeitnehmer. In Ostdeutschland setzte 1990 sogar eine bisher nicht gekannte Welle von Frühverrentungen ein, die eine ganze Generation bis zu 10 Jahren früher als geplant vom Arbeitsmarkt in den Ruhestand schickte. Laut Mikrozensus partizipierten 1993 nur noch 15 % der 60jährigen Frauen und 20 % der 63jährigen Männer am Arbeitsmarkt. Die mögliche Zielgruppe für die Teilrentenregelung ist somit recht klein geworden (vgl. BMA, 1994, S. 9ff.).

Dazu kommt, daß sich aus dieser Situation heraus unter den Arbeitnehmern eine Erwartungshaltung hinsichtlich eines frühen Ruhestandes herausgebildet hat. Vorruhestandsregelungen entwickeln so eigene normative Kraft. Wenn andere gleichaltrige Kollegen aus dem Betrieb ausscheiden, schwinden die Bindungswirkungen sozialer Kontakte im Betrieb. Insbesondere Beschäftigte mit

z. B. hoher körperlicher Beanspruchung oder psychischem Streß sind schwer zu motivieren, länger zu arbeiten als unbedingt notwendig.

Wenn eine neue Regelung wie die Teilrente auf solche bereits eingespielten Pfade in den (Vor-) Ruhestand trifft, spielen die ökonomischen Anreize im Vergleich zu anderen Optionen eine bedeutende Rolle. Einen Überblick über die Einnahmen bei Vollrente und den drei Teilrentenstufen für ein standardisiertes Beispiel gibt die obenstehende Tabelle. Abgesehen von der letzten Zeile wird unterstellt, daß die Hinzuverdienstgrenze bei jeder Rentenstufe, auch bei Vollrente, voll ausgeschöpft wird. Obwohl die Rentenversicherungsbeiträge später bei der Vollrente noch wirksam werden, sind laufende Nettoeinkommen für individuelle Entscheidungen über die Erwerbstätigkeit doch ein wichtiges Kriterium. Für das Beispiel wird der Modellfall des sogenannten "Standardrentners" herangezogen, der 45 Entgeltpunkte hat (also über 45 Jahre betrachtet durchschnittlich verdient hat) und mit 63 in Rente geht. Dann ergeben sich die folgenden Werte:

Man kann sehen, daß mit Vollrente und geringfügiger Beschäftigung ein

mindestens ebenso hohes Einkommen erzielt werden kann wie mit einer Zwei-Drittel-Rente und Erwerbseinkommen in Höhe der Hinzuverdienstgrenze. Durch die unterschiedliche Besteuerung und Belastung mit Sozialabgaben von Arbeitseinkommen und Renten⁸ wird so vergleichsweise eher ein Rückzug vom Arbeitsmarkt begünstigt.

Komplizierte Hinzuverdienstgrenzen und Informationsdefizite führen zu hohen Kosten durch Verhandlungen, wenn Gehalt und Arbeitsstunden häufig an den maximal möglichen Wert angepaßt werden. Ein weiteres Problem ist, daß Zahlungen aus betrieblicher Altersversorgung in der Regel erst mit dem völligen Ausscheiden aus dem Betrieb beginnen,

⁸ Während Arbeitseinkommen grundsätzlich in voller Höhe steuerpflichtig sind, werden Renten nur mit ihrem Ertragsanteil der Besteuerung unterzogen. Im Beispiel wird ein Rentenbeginn ab dem 63. Lebensjahr angenommen, deshalb beträgt der Ertragsanteil 29%. Weiterhin ist die Belastung der Arbeitseinkommen mit Sozialabgaben höher, da bei Rentenbezug die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung entfallen.

was die Teilrentenoption im Vergleich zur Vollrente je nach konkreter Ausgestaltung der Betriebsrente finanziell unattraktiver machen kann. Ein kleiner Personenkreis hat seit 1992 dennoch die Teilrente genutzt, obwohl das gesellschaftliche Umfeld und auch die ökonomischen Anreize dagegen zu sprechen scheinen und auch das Modell selbst Unzulänglichkeiten aufweist. Es bedarf daher genauerer Informationen darüber, was diese Personen bewogen hat, einen neuen und ungewohnten Weg in den Ruhestand einzuschlagen. Daraus können sich Hinweise über zukünftige Reaktionen der Rentenbezieher auf Änderungen der sozialpolitischen Rahmenbedingungen ergeben wie auch Anhaltspunkte für eine zielgenauere Ausgestaltung von Regelungen.

Ziele und Vorgehensweise der Untersuchung

Im Mittelpunkt des Teilrentenprojekts steht eine vergleichende Untersuchung von Voll- und Teilrentnern. Mittels einer schriftlichen Befragung von Antragstellern möchten wir erfahren, warum sich Personen für eine der beiden Alternativen entschieden haben, auf welcher Informationsgrundlage sie dies getan haben und welchen Restriktionen sie bei ihrer Entscheidung unterworfen waren. Zunächst interessiert uns hierbei, ob es strukturelle Unterschiede zwischen den beiden Gruppen gibt. Diese können sowohl hinsichtlich der beruflichen Bildung, der Situation am Arbeitsplatz, der Haushaltssituation sowie auch des Gesundheitszustandes bestehen.

Beide Gruppen werden nach den jeweiligen Gründen gefragt, warum sie sich für eine Option und gegen die andere entschieden haben bzw. weshalb sie daran gehindert waren,

diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. Das finanzielle Umfeld wird ebenso untersucht wie die Informationsnachfrage und die Institutionen oder Personen, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben. Bei der Gruppe der Teilrentner, die zweifellos "Pioniere" eines neuartigen Statuswechsels in die Nacherwerbsphase sind, wird auch nach der konkreten individuellen Ausgestaltung der Teilrentenphase gefragt. Dies soll Auskunft darüber geben, wie erfolgreiche Arrangements der Regelung vor allem am Arbeitsplatz aussehen und ob diese als Handlungsmuster für zukünftig an dieser Regelung Interessierte dienen können. Bei den Vollrentnern können auch fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer, fehlende Teilzeitarbeitsplätze und die Kompliziertheit der jetzigen Teilrentenregelung Gründe sein, warum ein schrittweiser Übergang in den Ruhestand in der Praxis keinen Anklang gefunden hat. Die schriftliche Befragung wird in Abstimmung mit Datenschutzbehörden und in Zusammenarbeit mit Rentenversicherungsträgern durchgeführt und konnte bei den Vollrentnern gerade abgeschlossen werden. Mit den ersten gesicherten Ergebnissen kann erst im Laufe des Jahres 1996 gerechnet werden. In einer zweiten Projektphase ist geplant, anhand von Fallstudien die betrieblichen Gegebenheiten und Regeln zu untersuchen, die mindestens ebenso wirksam sein dürften wie sozialrechtliche Faktoren und persönliche Umstände. Denn um weiterarbeiten zu können, muß auch ein Arbeitsplatz, bei der Teilrente in der Regel ein Teilzeitarbeitsplatz, verfügbar sein.

Literatur

Bäcker, G.; Naegele, G. (1992): "Heiß geliebt - aber dennoch ver-

schmäht" - Der gleitende Ruhestand in Theorie und Praxis - Ergebnisse eines Forschungsprojektes. In: Zeitschrift für Sozialreform, S. 504-519.

Behrens, J.; Dreyer-Tümmel, A. (1993): Abstiegskarrieren und Aufstiegspositionen. Zur Abbildung des sozialen Schicksals von vorübergehend Arbeitsunfähigen in GKV-Daten. In: Behrens, J.; Voges, W. (Hrsg.), *Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf, Familie, soziale Hilfe, Krankheit, Weinheim.*

Clausing, P. (1988): Stufenweiser Übergang in den Ruhestand. Veränderungen der Erwerbsphase - Probleme der Realisierung aus Sicht der gesetzlichen Rentenversicherung. In: Schmähl, W. (Hrsg.), *Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase?*, Tübingen, S. 178 - 190.

Gatter, J.; Hartmann, B. (1995): Betriebliche Verrentungspraktiken zwischen arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Interessen. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 3.

Göckenjan, G. (1993): Alter - Ruhestand - Generationsvertrag? Zum Altersdiskurs aus historisch-struktureller Perspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu: Das Parlament vom 23.4.1993*, S. 3-10.

Institut der Deutschen Wirtschaft (1995): *Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland*, Köln.

Kohli, M. (1993): Altersgrenzen als Manövriermasse? Das Verhältnis von Erwerbsleben und Ruhestand in einer alternden Gesellschaft. In: Strümpel, B., M. Dierkes (Hrsg.), *Innovation und Beharrung in der Arbeitspolitik*, Stuttgart, S. 177-208.

Rosenow, J.; Naschold, F. (1994): *Die Regulierung von Altersgrenzen*

- Strategien von Unternehmen und die Politik des Staates, Berlin.
Schmähl, W.; Gatter, J. (1994): Options for Extending the Working Period and Flexibilising the Transition to Retirement in the German Insurance Industry - the Current Situation and Assessment for the Future. In: The Geneva Papers on Risk and Insurance, S. 433-471.

Schmähl, W. (Hrsg.) (1988): Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase?, Tübingen.

Wagner, G., Kirner, E. und J. Schupp (1988): Verteilungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung eines Teilrentensystems, Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrage des Ministers für Arbeit, Gesundheit

und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Winkel, R., Engels, D., Friedrich, W. und Machalowski, G. (1994): Betriebliche Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Forschungsbericht 247, Bonn.

Jörg Müller, Heidemarie Stuhler

Lage und Statuspassagen in Landfamilien - erste Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt in den neuen Bundesländern

Im folgenden werden einige erste, vorläufige soziologische Befunde aus den jüngst abgeschlossenen empirischen Erhebungen des Forschungsprojekts: "Ländliche Familie und Jugend in den neuen Bundesländern - ihr sozialer Umbruch im historischen und interkulturellen Vergleich" (Leitung: Prof. Artur Meier) vorgestellt.

Die zentrale Fragestellung des Forschungsprojektes richtet sich auf den Zusammenhang von sozialökonomischem Wandel auf dem Lande und dessen Vermittlung über die Lebenspraxis und Sozialisationsbedingungen von Familien und weiteren Institutionen in biographische Orientierungen und Handlungsweisen Jugendlicher, insbesondere während der Statuspassage in den Beruf. Gegenstand sind die Lebenslaufentwürfe der Jugendlichen und deren Realisierung vor dem Hintergrund ländlicher Sozialstruktur, familialer Lebensweisen und sozialstaatlicher Institutionen. Die Konstruktion des Lebenslaufs wird zunächst an der ersten Schwelle - der Statuspassage in den Beruf - untersucht, d.h. am Übergang zwischen Schule und Aus-

bildung. Die Untersuchung ist als Longitudinalstudie angelegt, so daß wir später die Statuspassage in ihrem weiteren Verlauf im Übergang von der Ausbildung zur Erwerbstätigkeit verfolgen können.

Bereits im März 1994 begannen wir in einer der ausgewählten Regionen mit qualitativen Interviews in ländlichen Familien. Insgesamt wurden in den Untersuchungsregionen 25 qualitative Interviews durchgeführt, deren Ergebnisse in diesen Tagen zu einem Bericht in Form einer geplanten Veröffentlichung zusammengefaßt werden.

Im März und April 1995 wurden mit Unterstützung von Studenten und Wiss. Mitarbeitern in den Untersuchungsregionen, den ehemaligen Landkreisen Osterburg und Grevesmühlen, 855 Schüler schriftlich und zugleich 200 Eltern mit einem weitgehend standardisierten Interview mündlich befragt. Damit wurde die Zahl der Schulabsolventen in etwa wie vorgesehen erreicht, während darüber hinaus einem Vorschlag

unserer amerikanischen Partner¹ entsprochen werden konnte, indem statt der geplanten 60 sogar 200 Haushalte in die Untersuchung einbezogen wurden. Damit kann mit zwei Samples gearbeitet werden, das Kernsample mit 200 Familien (200 Eltern und die dazugehörigen 200 Schulabsolventen) und das erweiterte Sample mit insgesamt 855 Schülern der Abgangsklassen.

Ländliche Regionen in den neuen Bundesländern, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, waren bis 1989 vor allem durch die landwirtschaftliche Produktion (einschließlich der Dienstleistungen für die Landwirtschaft und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse) sowie den Einfluß der Landwirtschaftsbetriebe auf die Aus-

¹ Unsere Studie ist als Periodenvergleich mit der ehemaligen DDR um 1980 und als Gesellschaftsvergleich mit der ökonomischen Krisenregion Iowa, USA angelegt. Die USA-Studie "Rural Youth in the Farm Crisis" wird von G.H. Elder Jr., P. D. Conger u.a. an der University of North Carolina at Chapel Hill durchgeführt.

stattung und das Betreiben von Einrichtungen des sozialen und kulturellen Bereichs geprägt. Im Kreis Grevesmühlen waren am 30.9.1989 34,7 % der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig, im Kreis Osterburg 40 %. In diesen beiden Kreisen wurden vor 15 Jahren empirische Erhebungen zu den Lebensbedingungen und zur Lebensweise der Landjugend in der DDR durchgeführt. Der heutige strukturelle und soziale Wandel hat hier einen Umbruch in den Arbeits- und Lebensverhältnissen bewirkt, der in Ausmaß und Schärfe die Veränderungen in vielen anderen Regionen in den neuen Bundesländern übertrifft.

Die Umstrukturierungen in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer sind jedoch nicht auf die ökonomischen Umstrukturierungen begrenzt, sondern im Unterschied zu den durch die Farmkrise in den USA bedingten Veränderungen, Teil der grundlegenden Transformation aller gesellschaftlichen Verhältnisse und Institutionen in den neuen Bundesländern, die vermittelt der Familien in den Lebensbedingungen und -verhältnissen der Kinder und Jugendlichen sichtbar werden. Um einen Vergleich zur Iowa-Studie und den Rückgriff auf die seinerzeitige Sozialisationsstudie in der DDR herstellen zu können, müssen sich die gegenseitigen Bezüge makro- und mikrosoziologischen Herangehens in den Analyseebenen ausdrücken. Die in der Landwirtschaft und anderen Bereichen ländlicher Regionen weggebrochenen Arbeits- und Ausbildungsplätze bewirken nach wie vor risikoreiche Implikationen und Folgen für die Sozialisation und die Statuspassagen der Jugendlichen, besonders auf dem Hintergrund der sozial-ökonomischen Lage ihrer Familien.

1989 waren in der DDR ca. 850 000 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. 1994 waren es noch 165 000, das bedeutet weniger als 20 %.² Noch drastischer reduzierte sich die Zahl der Ausbildungsplätze und der Auszubildenden in der Landwirtschaft. 1989 wurden in der volkseigenen und genossenschaftlichen Landwirtschaft der DDR noch über 34 000 Lehrlinge ausgebildet, das waren 10,1 % aller Lehrlinge in der DDR im entsprechenden Jahr.³ 1992 befanden sich in den neuen Bundesländern 2 261 Auszubildende in dem Ausbildungsberuf Landwirt(in), das waren 0,8 % aller in Ausbildung befindlichen Jugendlichen. Weitere 5 195 befanden sich in der Ausbildung zu einem gärtnerischen Beruf, aber davon ein hoher Anteil im Ausbildungsberuf Florist(in).⁴ Auch zeigt sich, daß mit dem Bedeutungsrückgang der Landwirtschaft das Ansehen des Berufes Landwirt zurückgegangen ist. Im Berichtsjahr 1993/94 wurden in den neuen Bundesländern bei den Arbeitsämtern 858 Ausbildungsstellen für den Beruf Landwirt gemeldet, gleichzeitig meldeten sich jedoch nur 355 Bewerber. Im Beruf Gärtner(in) lag die Zahl der gemeldeten Stellen mit 1817 auch noch über der Zahl der gemeldeten 1 739 Bewerber.⁵

² Vgl.: Agrarbericht 1995, S. 9

³ Vgl.: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1990, S. 215

⁴ Vgl.: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, S. 408

⁵ Vgl.: Bundesanstalt für Arbeit: Berufsberatung 1993/94. Aktivitäten, Ausbildungsstellenmarkt, Statistik. Nürnberg, Februar 1995, S. 84

Zur ökonomischen Situation ländlicher Familien

Es wird davon ausgegangen, daß der gesellschaftliche Umbruch sich zuerst in Veränderungen im Beschäftigungsstatus äußert und sich dadurch die sozialen und ökonomischen Bedingungen der Familien verändern. Ein erster Zusammenhang zwischen Makro- und Mikroebene besteht folglich zwischen dem sich neu formierenden ländlichen Arbeits- und Ausbildungsmarkt und den Lebensbedingungen der Eltern und Jugendlichen in ländlichen Familien. Die ökonomischen Bedingungen ländlicher Familien für die Bewältigung der ersten Schwelle der Statuspassage der Jugendlichen in den Beruf, den Übergang von der Schule in die Ausbildung, das Studium bzw. in eine Arbeit hängen vor allem von der Stellung der Eltern im Beschäftigungssystem ab.

Die durch den Bedeutungsrückgang der Landwirtschaft und durch den massenhaften Wegfall landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze in Dörfern und Städten erreichte oder zugewiesene Stellung im ländlichen Arbeitsmarkt ist somit ein wesentliches Vermittlungsglied für die Veränderungen in der Familie. Um die erfolgten Veränderungen genauer zu erfassen, wurden die Eltern deshalb nach ihrer ausgeübten Tätigkeit und beruflichen Stellung 1995 im Vergleich zu 1989 gefragt. Dadurch wurde es möglich, auch in Anlehnung an die Iowa-Studie, zwei neue Variablen zu konstruieren, die für die weitere Bearbeitung der Befunde von besonderer Bedeutung sein werden. Elder et al. (Conger/Elder, 1994) sehen in der Instabilität des Arbeitsplatzes von Vater und Mutter ein wichtiges Kriterium für mögliche ökonomische

und finanzielle Belastungen der Familie.

Um Veränderungen im Zusammenhang mit deren Richtung zu erfassen, wurde eine Variable "Stabilität/Instabilität des Arbeitsplatzes" nach dem Erwerbsstatus beider Elternteile gebildet. Als stabil wird angesehen, wenn sich der Arbeitsplatz auf dem sogenannten 1. Arbeitsmarkt befindet. Als instabil gilt, wenn der Arbeitsplatz mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert wird oder jemand durch Vorruhestand, Altersrente, Invalidenrente oder Arbeitslosigkeit seit 1989 aus dem Berufsleben ausgeschieden ist. Dazu zählen wir auch Hausfrauen.

Daraus ergab sich folgende Gruppierung der Familien nach dem Beschäftigungs-/Erwerbsstatus der Eltern:

1. Gruppe: Beide Elternteile haben einen stabilen Arbeitsplatz, dazu gehören 142 Familien, gleich 71 %.
2. Gruppe: Ein Elternteil hat einen stabilen und ein Elternteil hat einen instabilen Arbeitsplatz bzw. ist aus dem Berufsleben ausgeschieden, dazu gehören 41 Familien, gleich 20,5 %.
3. Gruppe: Beide Elternteile haben einen instabilen Arbeitsplatz bzw. sind aus dem Berufsleben ausgeschieden, dazu gehören 17 Familien, gleich 8,5 %.

Darin spiegelt sich aber nur ein Teil des ganzen Wandels wider, den viele Familien in bezug auf den Wechsel in der Berufstätigkeit der Eltern durchlaufen haben. Bisher kann erst etwas zur Arbeitsplatzmobilität, aber noch nicht zur Schichtenmobilität gesagt werden, außer daß sich in 17,5 % der Familien mindestens ein Elternteil selbständig gemacht hat. Die Dramatik der Veränderungen in den Beschäftigungsverhältnissen der Eltern

zeigt sich auch darin, daß nur in 40,5 % der Familien beide Eltern keinen Arbeitsplatzwechsel vollzogen haben. In 34,5 % der Familien hat mindestens ein Partner den Arbeitsplatz gewechselt, und in 25 % der Familien waren beide Partner, soweit vorhanden, von Arbeitsplatzwechsel bzw. Verlust des Arbeitsplatzes betroffen.

Trotzdem ist der Beschäftigungsgrad in unseren beiden Landkreisen auch nach der Wende in dieser Elterngeneration vergleichsweise hoch. Von den Vätern waren im April 1995 ca. 89 % und von den Müttern ca. 76 % in einem normalen Arbeitsverhältnis bzw. selbständig tätig. Dieser hohe Beschäftigungsgrad der Eltern in den untersuchten Familien zeugt von einer starken Anpassungsfähigkeit an die durch den gesellschaftlichen Umbruch entstandenen neuen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings gab es seit 1989 für 29,5 % der Väter und 40,5 % der Mütter vorübergehende Zeiten von Arbeitslosigkeit, ABM oder Kurzarbeit.

Eine zweite Variable wurde zu Vergleichszwecken in abgewandelter Form von Elder et al. (Conger/Elder, 1994) übernommen und hat die Beziehungen der Familien zur Landwirtschaft zum Inhalt. In der Iowa-Studie wird zwischen Farmern, part-time Farmern, displaced Farmern, Nonfarmern mit und ohne farm origin unterschieden. Entsprechend den Bedingungen in den neuen Bundesländern wurden definiert:

1. Farmer: mindestens ein Elternteil war zum Erhebungszeitpunkt in der Landwirtschaft berufstätig, dazu gehören 17 Familien, gleich 8,5 %.
2. Part-time Farmer: mindestens ein Elternteil ist im Nebenerwerb in der Landwirtschaft tätig, dazu gehört eine Familie, gleich 0,5 %.
3. Displaced Farmer: mindestens ein Elternteil war 1989 in der Landwirt-

schaft tätig und ist seither ausgeschieden, dazu gehören 50 Familien, gleich 25 %.

4. Nonfarmer, aber farm origin: mindestens ein Großelternanteil war überwiegend in der Landwirtschaft tätig, dazu gehören 80 Familien, gleich 40 %.

5. Nonfarmer: nicht landwirtschaftlich Beschäftigte und ohne derartige Herkunft, dazu gehören 52 Familien, gleich 26 %.

Die Stabilität bzw. Instabilität des Arbeitsplatzes bestimmt gravierend das Einkommen der Familien. Je stabiler (im beschriebenen Sinne) der Arbeitsplatz, desto höher ist auch das durchschnittliche monatliche Nettohaushaltseinkommen der Familien. Familien von Farmern (also Landwirtschafts-Beschäftigte) und von displaced Farmern (aus der Landwirtschaft Ausgeschiedene) sind zu einem höheren Anteil von der Instabilität des Arbeitsplatzes betroffen (vgl.: umseitig Tabelle 1).

Das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen beträgt in der Gruppe 1 mit den Familien mit stabilen Arbeitsplätzen 4 142 DM, in der Gruppe 2 mit einem stabilen und einem instabilen Arbeitsplatz oder einem Partner ohne Arbeitsplatz 3 141 DM und in der Gruppe 3 mit zwei instabilen Arbeitsplätzen oder einem instabilen Arbeitsplatz und einem Partner oder beiden Partner ohne Arbeit 1 944 DM. Die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens differiert also evident nach der Arbeitsplatzstabilität (vgl.: Abb. 1).

Ein zweiter differenzierender Faktor für das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist die Stellung der Familie zur Landwirtschaft. Von einer Ausnahme abgesehen sind in den Farmerfamilien und displaced Farmerfamilien die Haushaltsnettoein-

Tabelle 1: Haushalte in Abhängigkeit von der Stabilität des Arbeitsplatzes der Eltern und deren Stellung zur Landwirtschaft (N = 200)

Stellung zur Landwirtschaft	Arbeitsplatzstabilität						Gesamt	
	1		2		3		absolut	%
	absolut	%	absolut	%	absolut	%		
Farmer	12	70,6	5	29,4			17	100
Part-time Farmer			1	100			1	100
Displaced Farmer	28	56,0	14	28,0	8	16,0	50	100
Nonfarmer, farm origin	64	80,0	11	13,7	5	6,3	80	100
Nonfarmer, non farm origin	38	73,1	10	19,2	4	7,7	52	100
Gesamt	142	71,0	41	20,5	17	8,5	200	100

kommen am niedrigsten. Besonders betroffen davon sind die Familien der displaced Farmer. Sie haben das jeweils niedrigste monatliche Einkommen in der Gruppe der Haushalte mit zwei stabilen Arbeitsplätzen und in der Gruppe der Haushalte mit zwei instabilen Arbeitsplätzen (vgl.: Abb. 1).

Ein anderer Zusammenhang zwischen Makro- und Mikroebene existiert zwischen den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Lebensverhältnissen der Familien. Dieser Zusammenhang hat mindestens zwei Dimensionen, die politische und die wohlfahrtsstaatliche. Sie werden über Institutionen in die Familien vermittelt. Hier soll nur auf die wohlfahrtsstaatliche Ebene eingegangen werden. Das findet seinen Ausdruck in der Einführung der in der früheren Bundesrepublik entwickelten sozialen Sicherungen und dafür zuständiger Institu-

tionen bei Risiken im Lebenslauf und sozialer Gefährdung der Familie. Für die neuen Bundesländer wurden diese Instrumente zum Teil weiterent-

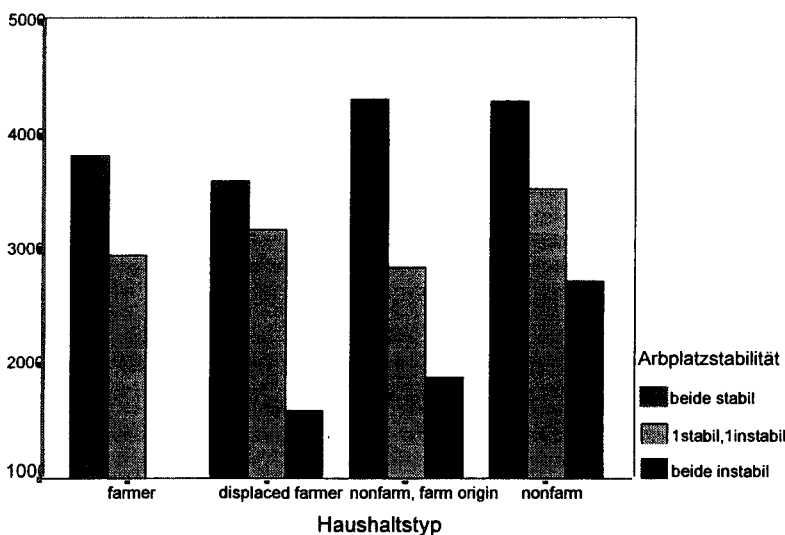
und dem Anteil des Haushaltsnettoeinkommens, der aus öffentlicher Unterstützung kommt, nachweisen (vgl.:Abb. 2). In 60,2 % der Haushalte beträgt dieser Anteil bis 10 % am Haushaltsnettoeinkommen,

aber in 13 (7,7 %) Haushalten mehr als 90 %.

In 8,3 % der Haushalte liegt dieser Anteil am Haushaltsnettoeinkommen über 50 bis unter 90 % und in 23,8 % der Haushalte zwischen 10 und 50 %.

Die Haushalte, in denen beide Eltern stabile Arbeitsplätze haben, beziehen durchschnittlich 9 % ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens aus öffentlicher Unterstützung (im wesentlichen als Kindergeld). In Haushalten, in denen nur ein Elternteil einen stabilen Arbeitsplatz hat, beträgt dieser Anteil 28,3 %. Haushalte, in denen beide Partner einen instabilen oder keinen Arbeitsplatz haben oder aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, beziehen durchschnittlich 73,3 % des

Abb. 1: Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens in DM in Abhängigkeit von der Arbeitsplatzstabilität und der Stellung zur Landwirtschaft (N = 185)⁶



wickelt und der Kreis der Anspruchsberechtigten deutlich erweitert.

In bezug auf die ökonomische Situation läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Arbeitsplatzstabilität

⁶ Von den 200 Familien lehnten 7,5% (15) Aussagen zu ihrem monatlichen Nettohaushaltseinkommen ab.

Haushaltsnettoeinkommens aus öffentlichen Mitteln.

Das Äquivalenzeinkommen (Gewichtung nach dem Bundessozialhilfegesetz) in DM pro Monat liegt für 12,6 % der Familien unter 600 DM, für 20,8 % der

Familien zwischen 600 und 900 DM, für 29 % zwischen 900 und 1200 DM und für 37,6 % über 1200 DM.

Die empirischen Ergebnisse zeigen eine starke Differenziertheit sowohl im Haushaltsnettoeinkommen als auch im Äquivalenzeinkommen zwischen den Familien. Das wird auch durch Eltern und Jugendliche in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Familie reflektiert.

Auf eine entsprechende Frage gaben 23 % der Eltern an, daß sie sparen können; 57 %, daß sie mit ihrem Einkommen auskommen. Aber 16 % von ihnen sagen, daß sie Ansprüche zurückstellen müssen, und 4 %, daß sie Erspartes aufbrauchen bzw. Kredite in Anspruch nehmen müssen. Nach Aussagen der Eltern hat sich durch den gesellschaftlichen Umbruch für 54,5 % der Familien die wirtschaftliche Lage im Vergleich zu 1989 verbessert, für 13,5 % hingegen verschlechtert. Für den Rest hat sich die wirtschaftliche Lage kaum verändert.

Die vom gesellschaftlichen Umbruch bewirkte starke Differenziertheit der wirtschaftlichen Lage zwischen den Familien spiegelt sich auch im Urteil

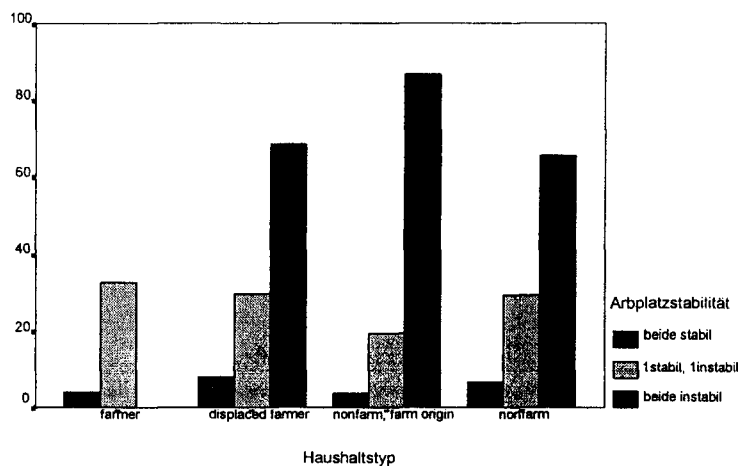
der Jugendlichen wider. Auf die Frage: "Haben Ihre Eltern genug Geld, um die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen, oder ist das ein Problem?" antworteten 3,9 % der Ju-

bzw. Beschränkungen kompensieren oder durch ihr Fehlen vertiefen.

Ein nächster Schritt der Auswertung des Datenmaterials wird sich auf das Studium der Auswirkungen der ökonomischen Situation auf die innerfamilialen Bezie-

hungen richten. Es wird näher geprüft, inwiefern die ökonomische Situation Einfluß auf die Statuspassage der Jugendlichen hat. Wir wollen ferner wissen, ob und in welchem Umfang unterschiedliche ökonomische Lagen zu Verschiedenheiten in Wertauffassungen, Lebensauffassungen und Erziehungsstilen führen.

Abb. 2: Anteil am Haushaltsnettoeinkommen, der aus öffentlichen Mitteln kommt, in Prozent nach Arbeitsplatzstabilität und Stellung zur Landwirtschaft (N = 185)



gendlichen: "Das ist ein ganz ernsthaftes Problem", und 14 % "Das ist ziemlich ernst". Zugleich meinten 42,1 % "Das ist nur eine Kleinigkeit" und 36,5 % "Das ist überhaupt kein Problem".

In diesen Ergebnissen wird insgesamt deutlich, daß die ländlichen Familien über stark variierende ökonomische Bedingungen und Ressourcen für die weitere Lebensplanung ihrer Kinder und deren Statuspassage in den Beruf verfügen. Die Differenziertheit in den Einkommensbedingungen ist ein Ausdruck für entstandene neue Möglichkeiten, aber auch von deutlichen Grenzen. In der weiteren Auswertung des empirischen Materials ist zu prüfen, inwieweit ökonomische Ressourcen der Familien wie Wohneigentum, Besitz von Grund und Boden, Hilfe durch Verwandte und ähnliches die durch Unterschiede im Haushaltsnettoeinkommen gesetzten Möglichkeiten

Statuspassagen ländlicher Jugendlicher

Berufspläne, Bildungs- und Berufsentscheidungen sind wichtige Aspekte für die Beschreibung der Statuspassage von der Schule in den Beruf. Die Probanden in unserer Untersuchung sind 15- bis 19-jährige Schüler, die aus der Schule heraus in einen anderen sozialen Status wechseln. In Abhängigkeit vom sozialen Merkmal "Schule" kann diese Gruppe noch als homogen bestimmt werden (Abgang aus dieser Institution), auch wenn sie als Schulabgänger daraufhin verschiedene Wege einschlagen. Wir beschäftigen uns in dieser Untersuchung also zunächst mit der Ausgangssituation für die Statuspassage. Es interessiert, mit welchen Voraussetzungen und Plänen oder schon getroffenen Entscheidungen die Schulabgänger ihre professionellen Karrieren starten. Wenn

die Untersuchung fortgesetzt wird, werden wir in zwei Jahren erfahren, wie sie ihre Pläne realisieren konnten und wie die Statuspassage tatsächlich verlaufen ist.

Die Mehrzahl der Jugendlichen steht am Beginn ihres beruflichen Entwicklungsweges. Von denen, die die Schule mit dem Abschluß der 10. Klasse verlassen, wollen 78,3% eine Lehre beginnen, und das wollen immerhin auch 42,1% der Abiturienten. Ein Studium unmittelbar nach dem erfolgreichen Abitur plant nur knapp ein Viertel der Abiturienten 24,2% (vgl. Tabelle 2).

Der Bildungsgrad des Vaters beeinflusst die Bildungsaspirationen der Kinder (vgl. Tabelle 3). Dieser Einfluß ließ sich für die Mütter nicht nachweisen.

Die Entscheidung, nach der 10. Klasse eine Lehre zu beginnen, trafen mehrheitlich Söhne und Töchter, deren Väter selbst einen Abschluß der 10. Klasse haben. Überraschend ist, daß annähernd die Hälfte der Abiturienten nach der Schule eine Lehre beginnen will. In der Mehrzahl sind dies Schüler und Schülerinnen, deren Väter einen Abschluß der 10. Klasse haben. Wenn die Väter selbst ein Abitur haben, dann beabsichtigen

Die anstehende Statuspassage ist aus der Sicht der Jugendlichen ein wichtiger Schritt zur Etablierung ihrer eigenen Person in der Welt der Erwachsenen. In der amerikanischen Vergleichsuntersuchung wird dieser Prozeß stark in Abhängigkeit von der ländlichen Orientierung der Jugendlichen untersucht, weil Elder und seine Kollegen ganz besonders an den Lebenswegen von Kindern aus Farmfamilien interessiert sind (Elder/Robertson/Conger, 1993). Angeregt durch diese Forschung gingen auch wir in unserem Projekt davon aus, daß eine mehr oder weniger starke Ausprägung dieser ländlichen

Tabelle 2: Pläne der Jugendlichen für die Zeit nach dem erfolgreichen Schulabschluß (N = 855)

	10. Klasse Abschluß		12. Klasse Abschluß	
	absolut	%	absolut	%
Eine Lehrausbildung beginnen.	360	78,3	106	42,1
Die Schule fortsetzen, wenn keine Lehrstelle gefunden wird.	49	10,7	2	0,8
Weiterhin die Schule besuchen, um Abitur zu machen.	15	3,3		
Ein Studium aufnehmen.			61	24,2
Einen Job suchen und arbeiten.	12	2,6	4	1,6
Im elterlichen Betrieb arbeiten.	1	0,2		
Zum Militär gehen.	5	1,1	41	16,3
Zivildienst leisten.	1	0,2	16	6,3
Weiß noch nicht.	12	2,6	6	2,4
Au pair.			6	2,4
Eine Fachhochschule besuchen.	4	0,9	3	1,2
Erziehungsurlaub nehmen.	1	0,2		

Unsere Untersuchung scheint außerdem erneut die soziale Reproduktionstheorie zu bestätigen: denn der sozialökonomische Status der Eltern wirkt nachweislich auf die Vorstellungen zum Berufseinstieg der Jugendlichen. Insbesondere der Bil-

die Kinder sehr viel eher, sogleich nach dem Abitur ein Studium aufzunehmen. Hat der Vater einen Abschluß der 10. Klasse, wollen dies nur 4,5% der Abiturienten.

Orientierung die Statuspassagen der Jugendlichen auf dem Lande beeinflusst. Doch für unser Sample mußten wir feststellen, daß die Jugendlichen vom Lande weit weniger ländlich orientiert sind, legt man die Elder'schen Maßstäbe an. Womöglich muß

Tabelle 3: Zukunftspläne der Jugendlichen in Abhängigkeit vom Schulabschluß des Vaters (N = 855)

	Vater mit Abschluß der 10. Klasse		Vater mit Abitur	
	absolut	%	absolut	%
Eine Lehrausbildung beginnen.	291	68,8	57	38,5
Die Schule fortsetzen, wenn keine Lehrstelle gefunden wird.	41	9,7	5	3,4
Weiterhin die Schule besuchen, um Abitur zu machen.	7	1,7	9	6,1
Ein Studium aufnehmen.	19	4,5	36	24,3
Einen Job suchen und arbeiten.	9	2,1	3	2,0
Zum Militär gehen.	23	5,4	14	9,5
Zivildienst leisten.	7	1,7	8	5,4
Weiß noch nicht.	7	1,7	2	1,4
Au pair.	2	0,5	2	1,4

man diese Variable hier anders konstruieren. Eine Faktoranalyse erbrachte nämlich drei Dimensionen der ländlichen Orientierungen.

Nach den jeweils typischen Merkmalen lassen sich diese Dimensionen charakterisieren als "Seßhaftigkeit", "Stellung zur Landwirtschaft" und "Lebensstil". Die "Seßhaften" wollen am ehesten eine Lehre beginnen, wollen auch rasch mit der Ausbildung fertig werden und streben früh nach einer Daueranstellung. Die künftigen "Landwirte" verbinden ihre berufliche Tätigkeit mit dem Leben auf dem Land. Beide Gruppen weisen insgesamt geringe Bildungsaspirationen auf. Die am "Lebensstil" interessierten schätzen das Land als

Wohnort, weil es sich hier ruhiger lebt. Sie aber haben die offenbar schwächste ländliche Orientierung, streben generell eine feste Anstellung an, darum: sie sind für alles offen.

Im weiteren Verlauf unserer Forschung wollen wir nun verfolgen, wie unterschiedlich orientierte Jugendliche, die einzelnen Schwellen der Statuspassage in den Beruf bewältigen, ihre Lebensläufe differenziert konstruieren, andere Statuspassagen vorbereiten bzw. vollziehen und welche Ressourcen sie dafür mobilisieren.

Literatur

Elder, G.H. Jr./ Robertson, E.B./Conger, R.D. (1993): *Passing on a Way of Life: From Grandfather to Father and Son in Rural America*. In: K. Lüscher/F. Schultheis (Hrsg.): *Generationsbeziehungen in "postmodernen" Gesellschaften*. Konstanz.

Elder, G.H. Jr./ Robertson, E.B./Ardelt, M. (1994): *Families Under Economic Pressure*. In: R. D. Conger/G. H. Elder, Jr.: *Families in Troubled Times Adapting to Change in Rural America*. New York.

Nachrichten aus dem Sfb

Berufungen, Habilitationen, Promotionen, Preise

- Prof. Dr. Walter R. Heinz nimmt im Wintersemester 1995/96 und im Sommersemester 1996 eine Gastprofessur an der University of Toronto wahr. Für diese Zeit hat Prof. Dr. Ansgar Weymann das Amt des Sprechers übernommen. Stellv. Sprecher ist Prof. Dr. Karl F. Schumann.

- Dr. Ulrich Mergner (C1) hat zum März 1996 einen Ruf an die Fachhochschule Köln erhalten.

- Habilitiert haben sich Dr. Götz Rohwer (B6) mit der Schrift "Akteure und ihre Sozialstruktur als Gegenstand der empirischen Sozialforschung" und Dr. Ulrike Nagel (Z) mit der Schrift "Engagierte Rollendistanz. Rekonstruktive Theoriebildung am Beispiel der Statuspassagen in den sozialen Beruf".

- Promoviert haben Monika Ludwig (D3), Vera Helling (A1) und Olaf Struck-Möbbeck (A4).

- Dr. Petra Buhr (D3) erhielt für Ihre Dissertation "Sozialhilfe und Lebenslauf - Empirische Analysen kurzfristigen und langfristigen Sozialhilfebezugs auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Daten" den mit DM 2.500,- dotierten Forschungspreis der Joseph-Popper-Nährpflicht-Stiftung, Ffm). Die Dissertation ist unter dem Titel "Dynamik von Armut - Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug" im Westdeutschen Verlag erschienen.

GastwissenschaftlerInnen im Sfb

1995 haben folgende GastwissenschaftlerInnen im Sfb gearbeitet:
20

Sikandar Siddiqui (Universität Konstanz), Kathleen Gerson (University of Albany, N.Y., USA), Randall Collins (University of California, Riverside, USA), Delbert Elliott (University of Boulder, Colorado, USA) und Michael Wiseman (Robert M. La Follette Institute for Public Affairs, Madison, Wisconsin USA).

Für das Jahr 1996 wurden eingeladen: Gunhild Hagestad (Northwestern University, Evanston, USA und Universität Oslo), Stanley Lieberman (Center for Advanced Study in the Behavioural Sciences, Stanford University), Max Haller (Universität Graz) und Pat Armstrong (University of Toronto, Kanada).

Neue Bücher aus dem Sfb 186

- Stephan Leibfried/Lutz Leisering u.a. (1995): Zeit der Armut - Lebensläufe im Sozialstaat, edition suhrkamp NF 923, Suhrkamp, Ffm.; 408 S.; ISBN 3-518-11923-0.

- Hans-Peter Blossfeld (ed.) (1995): The New Role of Women - Family Formation in Modern Societies, Westview Press, Boulder, San Francisco, Oxford; 266 S., ISBN 0-8133-2306-1 (s.a. Anzeige auf S. 4).

- Hans-Peter Blossfeld/Götz Rohwer (1995): Techniques of Event History Modeling - New Approaches to Causal Analysis, Lawrence Erlbaum Associates, Hillsdale (NJ) - Hove - London; 292 Seiten (cloth) ISBN 0-8058-1959-2; ISBN0-8058-1960-6 (paper), (s.a. Anzeige S. 5).

- Udo Kelle (ed.) (1995): Computer-Aided Qualitative Analysis - Theory, Methods and Practice, Sage, London,

Thousand Oaks, New Dehli; 224 S. ISBN 0-8039-7761-1.

- Walter R. Heinz (1995): Arbeit, Beruf und Lebenslauf - Eine Einführung in die berufliche Sozialisation, Juventa, Weinheim und München; 199 S.; ISBN 3-7799-0391-1.

- Johann Behrens/Wolfgang Voges (Hrsg.) (1995): Kritische Übergänge - Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung, Campus, Ffm.; 380 S., ISBN 3-593-43971-X.

- Im Frühjahr 1996 wird erscheinen: Günter Warsewa/Martin Osterland/Roderich Wahsner: Zwischen Sparrzwang und sozialer Verantwortung - Normalarbeit und abweichende Beschäftigung in der kommunalen Personalpolitik der achtziger Jahre, Deutscher Studien Verlag, Weinheim.

Herausgeber:

Sonderforschungsbereich 186
der Universität Bremen "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf",
Postfach 330440
28334 Bremen
Tel.: 0421/218 4150
Fax: 0421/218 4153

Redaktion: Werner Dressel,
Dr. Gerd Marstedt

Gestaltung: Werner Dressel

Bei Quellenangabe frei zum
Nachdruck; Beleg erbeten

ISSN 0946-283X